

Kriege wird die Frage der Kapitalsakkumulation eine ganz ungewöhnliche Rolle spielen. Die Kapitalisten-Gruppen, die Kapital in hohem Maße heranziehen können, werden den anderen gegenüber einen gewaltigen Vorteil haben. Das gilt sowohl von den Konkurrenz- und Machtkämpfen im Inlande, als denen auf dem Weltmarkt. Nun scheint es so, als sei während des Krieges ungeheuer viel Kapital in den Kriegsanleihen aufgehäuft worden. Das ist aber nur die alte Verwechslung, die daher rührt, alles was Zins trägt, Kapital zu nennen.

Die Kriegsanleihen sind, wir betonen das immer wieder, nur Anweisungen auf einen Teil des künftig zu erzeugenden Mehrwerts. Wohl haben auch während des Krieges große Unternehmungen ihre Betriebe riesig vergrößert. Aber diese Kapitalakkumulation steht in keinem Verhältnis zu dem durch den Krieg vernichteten Kapital.

Man denke an die zerstörten Anlagen in den Kriegsgeländen, die versenkten Schiffe, den übermäßigen Verschleiß des gesamten Eisenbahnmateriale, wie der in der Kriegsindustrie verwandten Maschinen. Einen Begriff vom Verbrauch des fixen Kapitals in der Kriegszeit kann man sich nach folgender Mitteilung des Gewerkschaftsredakteurs Schneider machen: „Der Leiter einer größeren Maschinenfabrik versicherte mir, daß er einen großen Teil seiner Maschinen sofort nach Kriegsende außer Gebrauch setzen müsse, weil sie infolge der gesteigerten und vielfach unsachgemäßen Benutzung für Präzisionsarbeiten unbrauchbar geworden seien.“ (S. Schneider, Rezereien zur Frage der industriellen Nachtarbeit. „Neue Zeit“ 1917, Nr. 20.) Das alles muß ersetzt werden, die Betriebe der Kriegsindustrie müssen wieder der Friedenswirtschaft angepaßt werden. Rohprodukte sind in riesigen Massen aufzukaufen. Der staatliche Kapitalbedarf ist ungeheuer groß.

Unsere Wirtschaft wird nach dem Kriege nach Kapital hungern und dürsten. Dazu kommt eine neue Gefahr. Was wir in unserem ersten Aufsatz als Steuerbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden aufwiesen, das betrifft alles unproduktive Ausgaben. Sie müssen aus dem Mehrwert gezogen werden, der früher zum guten Teil der Akkumulation neuen Kapitals diente. Was davon für die Kriegsrenten dienen soll, ist dieser Kapitalansammlung von vornherein verloren. Aber die Verzinsung der Kriegsanleihen dürfte ein Staatsrentenrum züchten, das wiederum große Summen dem arbeitenden Kapital entzieht und einen Geist großziehen dürfte, der die kapitalistische Unternehmungslust dämpft. So wird sich der Krieg für den Kapitalismus noch als Vater aller Hindernisse erweisen.

Aus alledem erhellt, welche hohe Bedeutung das Problem der Kapitalbildung für den Kapitalismus überhaupt und besonders nach dem Kriege hat. Die Frage beschäftigt denn auch die Volkswirtschaftler in hohem Maße, und es liegt auf der Hand, daß die Art der neuen Steuern die Neubildung von Kapital außerordentlich beeinflussen kann. Nombert untersucht in seiner schon erwähnten Schrift das Steuerproblem gerade von diesem Gesichtspunkte aus. Er macht dabei eine Reihe von Vorschlägen, die sich namentlich gegen den besonderen steuerpolitischen Schutz rückständiger Wirtschaftsmethoden wenden. Aber auch er scheint zu empfinden, daß damit

nur Unwesentliches im Verhältnis zu der großen Aufgabe erreicht wird, und so ist sein ewiger Rehrreim: Wir müssen sparen, sparen, sparen! So hallt es wieder in Zeitungsartikeln und Schriften, und wenn sie von besonders patriotischen und entsagungsfreudigen Herren geschrieben sind, wie etwa Herrn von Zedlig, dann heißt es: Wir müssen uns groß hungern! In der Tat hat die Kapitalsakkumulation ihre Ursache darin, daß nicht alles Einkommen der Besitzenden in Genußmittel umgesetzt wird, sondern ein Teil für die neue Produktionsperiode aufgespart und in Kapital verwandelt wird. Es ist das jenes Sparen, für welches die Kapitalisten den bekannten „Entbehrungslohn“ einheimen. Die Grundlage dieses kapitalistischen „Entsagens“ und „Sparens“ bildet die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Wie anders soll denn die Steuerpolitik auf den Sparbetrieb einwirken? Will sie auf den Luxus einwirken, so zeigt die Erfahrung, daß dabei der Steuerfiskus nicht genügend gewinnt. Nur aus den breiten Massen läßt sich viel herauswirtschaften. Förderung der Kapitalakkumulation läuft wiederum auf indirekte Steuern in diesem oder jenem Gewande hinaus.

Aus unserm politischen Tagebuch.

15. September.
Von amtlicher deutscher Seite werden folgende Zitate aus englischen Blättern vermittelt:

Nach der „Times“ vom 27. August erklärte der Arbeiterführer Anderson in einer Versammlung von Arbeitern des Arsenals Woolwich: Die Freiheiten der Arbeiter sind allmählich fortgenommen worden und den Streikenden drohte man mit der Einstellung ins Heer. Lloyd George versteht die Arbeiterbewegung nicht: er dachte, wenn er nur die Führer auf seiner Seite hätte, würde die Sache schon gehen. Aber die Regierung lernt allmählich, daß die Führer nicht alles sind und daß die Massen ihre eigene Meinung haben können. Die Unzufriedenheit der Arbeiter läßt sich durch Unterdrückung nicht beseitigen. Die Behauptung, daß deutsches Geld an der Unzufriedenheit schuld ist, hat sich als ganz falsch erwiesen: die besten Freunde der Deutschen in England sind vielmehr die Lebensmittelmacher.

Nach derselben Nummer der „Times“ wandte sich der Arbeiterführer Thomas in einer Rede in Plymouth gegen das System der Kriegszulagen: Immer, wenn wir eine kleine Zulage bekommen haben, steigen auch die Preise, und dann leiden wir wieder entsprechend. Die richtige Lösung wäre, daß die Regierung das Lebensmittelproblem in gebührender Weise ansieht. Besonders schlecht daran sind die Kriegswitwen und ihre Kinder; denn hinter ihnen stehen keine Gewerkschaften, die für sie Zulagen verschaffen. Die Arbeiter sind niemals durch die Stärke ihrer Gegner, sondern nur durch ihre eigene Uneinigkeit besiegt worden.

16. September.
Im Verfassungsausschuß des sächsischen Landtages erklärte der Regierungsvorsteher auf die Frage, ob die Regierung ihren ablehnenden Standpunkt gegen die Wahlreform nach dem zweiten kaiserlichen Erlass über das preußische Wahlrecht noch aufrechterhalte, daß die Regierung nach wie vor eine Wahlrechtsänderung ablehne. Auf wiederholte Fragen erklärte der Regierungsvorsteher weiter, daß diese Erklärung der Regierung klar und endgültig sei. In Sachsen besteht das Pluralwahlrecht.

Es kommt die geistliche Deputation, Rabbiner und Pastöre — Doch ach! Da kommt der Hoffmann auch Mit seiner Zentorscheere!
Die Scheere klirrt in seiner Hand, Es rückt der wilde Gefelle Dir auf den Leib — er schneidet in's Fleisch — Es war die beste Stelle.

Aus Heines „Deutschland“.
Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 40

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition: **Bremen, den 6. Oktober 1917**
:: Nummerrstraße Nr. 23. :: Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

| | |
|---|-----------|
| Eine grundsätzliche Auseinandersetzung . . . | Seite 301 |
| Zur Steuerfrage (Schluß) . . . | 303 |
| Nach sechs Monaten. Von R. Kadek (Schluß) . . . | 303 |
| Die russische Republik. Von R. Kadek . . . | 304 |
| Korniloffs Staatsstreich . . . | 306 |
| Feuilleton: | |
| Gedichte in Prosa. Von Iwan Turgenjef . . . | 308 |

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung.

Zu Beginn ihrer gegen uns gerichteten Ausführungen in Nr. 37 vom 15. September betont die „Arbeiterpolitik“, daß ihr jeder Anlaß willkommen sei, eine wichtige Frage gründlich zu erörtern. Wir nehmen deshalb an, daß sie die folgende kurze Erwiderung veröffentlichten wird.

Der Kernpunkt der zwischen uns obwaltenden Meinungs-differenz ist dieser: die „Arbeiterpolitik“ sagt, ohne Führer geht es nun einmal nicht; auch braucht keineswegs jedes Führertum mit Bevormundung verbunden zu sein und den Geführten die Verantwortung abzunehmen; wer aber jegliches Führertum verwirft, der kommt zur Aktionslosigkeit und macht aus der Arbeiterbewegung einen bloßen Diskutterklub.

Dagegen sagen wir: ob jedes Führertum eine Bevormundung bedeutet, mag dahingestellt bleiben; denn hier handelt es sich um eine ganz bestimmte Art Führertum. Was nämlich will die „Arbeiterpolitik“? Indem sie feststellt, daß sie gegen die Spartakusbewegung nichts Grundfälliges einzuwenden hatte, sondern ihr nur einige Auswüchse, „gewisse absolutistische Allüren“ bekämpfte, bestätigt sie unsere Auffassung, daß die neu zu gründende linksradikale Partei genau die Aufgabe übernehmen soll, welche die Spartakusgruppe durch ihren Anschluß an die Unabhängigen im Stich gelassen hat, und die darin besteht, kühn voranzugehen und die Arbeitermassen auf der Bahn zum Sozialismus mit fortzureißen.

Wer sich einer solchen Aufgabe widmet, welche die größten Anforderungen an seinen persönlichen Opfermut stellt, für den empfinden wir höchste Achtung. Aber was wird hier verlangt? Gerade in den Dingen, die für die Gesamtheit des Sozialismus wie für jeden Einzelnen Fragen von Leben und Tod bedeuten, sollen die Arbeiter den Führern folgen, ohne ein ausreichendes eigenes Urteil zu haben. Denn sonst müßte man ja warten, bis der letzte Arbeiter ausgerüstet ist mit der Wissenschaft seines Jahrhunderts! Und selbst das würde nach der „Arbeiterpolitik“ noch nicht ausreichen, weil es außerdem noch nötig sei, „den ungeheuren Komplex der stets wechselnden geschichtlich-politischen Probleme zu beherrschen“.

Das Wesentliche an dem, was die „Arbeiterpolitik“ verlangt, ist also gerade, daß die Arbeitermassen ihre ganze Kraft einsetzen sollen in Dingen, die sie selbst nicht beurteilen können — auf den Ruf ihrer Führer hin. Das bedeutet eben, daß die ganze Verantwortlichkeit ihnen von den Führern abgenommen werden soll.

Ob auf diese Weise politische Erfolge im üblichen Sinne des Wortes erreicht werden können, das kümmert uns nicht. Uns kommt es einzig und allein auf die Herbeiführung des Sozialismus an, und die ist auf solche Weise ganz entschieden nicht möglich. Der Sozialismus kann nicht von Führern gemacht werden; die Arbeiter können nicht von einem Messias, sei dieser nun ein Dickhäuter oder ein produktiver Kopf, ins gelobte Land des Sozialismus hineingeführt werden, sondern nur durch ihre eigene Tat können sie dahin gelangen, und deshalb ist ihre eigene Einsicht dabei unentbehrlich.

Deshalb vermögen wir dem Wege, den die „Arbeiterpolitik“ gehen will, nicht zu folgen, und deshalb haben wir uns auch schon früher der Spartakusbewegung grundsätzlich nicht angeschlossen, und nicht etwa nur wegen einiger Unzulänglichkeiten.

Aber verzichten wir damit nicht auf jede Tätigkeit überhaupt? Reduzieren wir damit nicht die Arbeiterbewegung zu einem bloßen Diskutterklub? Und versteckt sich nicht am Ende dahinter bloße Kraftlosigkeit und Mangel an Opferwilligkeit?

Diese Fragen werden wir am besten beantworten, wenn wir den Unterschied unserer Methoden an einem bestimmten Beispiel zeigen.

Die „Arbeiterpolitik“ ist wahrscheinlich ebenso wie wir davon überzeugt, daß zwischen den verschiedenen Völkern eine Wirtschaftssolidarität besteht, derart, daß jedes Volk am wirtschaftlichen Gedeihen des andern interessiert ist. Wenn es dem einen Volke schlecht geht, so ist das — entgegen dem bestehenden Vorurteil — kein Vorteil für das andere, sondern dessen eigener Wohlstand muß darunter leiden.

Wenn es sich nun darum handelt, diesen richtigen und sozialistischen Gedanken den Hörern und Lesern beizubringen, wie würde dann die „Arbeiterpolitik“ verfahren? Sie würde die Behauptung aussprechen und immer aufs neue wiederholen. In jeder neuen Nummer würde man dann lesen: Die Völker sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen; wenn eines leidet, muß auch das andere leiden usw., oft in wechselnden, manchmal auch in denselben Worten. Diese Methode hat den Zweck, den Lesern den Gedanken förmlich in den Kopf hereinzuwämmern, sodas er ihnen schließlich zu einer Selbstverständlichkeit wird, neben der die Idee, daß es anders sein könnte, gar nicht mehr aufkommt.

Wir dagegen möchten anders verfahren. Wir möchten den Hörern und Lesern an der Hand der Tatsachen die internationale Wirtschaftssolidarität zeigen, sodas sie selbst sehen. Uns liegt nichts daran, daß sie die Sache glauben, weil wir sie ihnen sagen, sondern sie sollen selbst sehen und selbst urteilen. Denn nur aus ihrem eigenen Urteil kann die Kraft zum Sozialismus erwachsen. Nicht wir haben ihnen vorzuschreiben, was zu tun sei, sondern sie selbst müssen das entscheiden. Wir glauben nämlich gar nicht, daß Initiative nur von Führern ausgehen kann; wir glauben nicht, daß nur solche Leute wissen, was zu tun sei, welche die ganze Wissenschaft in sich aufgenommen haben und überdies noch „den ungeheuren Komplex der stets wechselnden geschichtlich-politischen Probleme beherrschen“. Wir glauben, statt dessen genügt schon die Fähigkeit, selbst zu urteilen. Wir glauben z. B., am 4. August 1914 hätte jeder Sozialdemokrat ganz gut wissen können, was er als Sozialdemokrat zu tun hatte, wenn er nur die Fähigkeit und die Gewohnheit besessen hätte, selbst zu urteilen, und wenn er die unselbstige Gemohnheit, sich im Denken unterzuordnen, abgelegt hätte. Dies hätte ihn sicher geleitet, auch ohne Kenntnis der Grundgesetze der Politik, Nationalökonomie, Philosophie und sonstiger Wissenschaften.

Und einen Vorzug hat unsere Methode sicherlich: sie ist un-
persönlich. Sie kann deshalb die freieste Kritik vertragen. Wenn nach der Methode der „Arbeiterpolitik“ eine Behauptung aufgestellt wird, welche die Anhänger doch eben schließlich auf die Autorität des Führers hin glauben sollen, und es kommt dann jemand, der sie kritisiert, so läßt es sich kaum vermeiden, daß der Führer sich persönlich gekränkt fühlt. Läuft es ja doch darauf hinaus, daß seine Glaubwürdigkeit angezweifelt wird: was er behauptet hat, soll nicht wahr sein! Bei unserer Methode dagegen hat der Kritiker nur mit den Tatsachen zu tun. Er muß zeigen, entweder daß sie falsch sind oder daß falsche Schlüsse aus ihnen gezogen sind.

Das geht niemand persönlich an, es wird keine Autorität erschüttert, weil keine Autorität vorhanden war, und niemand braucht sich persönlich verletzt zu fühlen.

Die Internationalen Sozialisten Deutschlands.
J. A.: Julian Borchardt.

Ehe wir uns an die Beantwortung dieser Epistel machen, haben wir zu den Göttern gebetet, sie möchten uns und unseren Lesern die Geduld nicht ausgehen lassen. Ist denn diese „grundfäßliche Auseinandersetzung“ Borchardts mehr als ein Umherrühren in seichtem Wasser? Nur der Wille, unsern Lesern keine Kritik unserer Auffassungen vorzuenthalten, kann uns veranlassen, diese Häufung von Entstellungen und unbeweisbaren Behauptungen hier abzudrucken. Schopenhauer hat sich einmal das Vergnügen gemacht, in einer Abhandlung über eristische Dialektik allerhand Sophistereien, Trugschlüsse und Kunstgriffe für Diskussionen systematisch zu ordnen und darzustellen. Borchardt scheint in dieser Hinsicht ein gelehriger Schüler Schopenhauers zu sein. Pflücken wir sein sophistisches Gewebe auseinander:

1. Kunstgriff. Wir wandten uns gegen die Wickwickieridee einer führerlosen Bewegung, einer Bewegung ohne Initiative, einer unbeweglichen „Bewegung“. Für Borchardt bedeutet Führertum soviel wie Bevormundung: „Demnach will die „Arbeiterpolitik“ auf das Führertum, auf die Bevormundung nicht verzichten.“ Jetzt geht es mit einem Male garnicht mehr um diese Frage. Ob Führer auch ohne Bevormundung möglich sind, ist Borchardt jetzt ganz schnuppe. Jetzt geht es um eine besondere Art Führertum.

2. Kunstgriff. Wir wenden uns ausdrücklich gegen den Absolutismus, wie er sich in der Spartakusgruppe durchzusetzen versuchte. Flugs ist der niederträchtige Trugschluß da, wir hätten außer einigen Auswüchsen gegen die Spartakusbewegung nichts Grundfäßliches einzuwenden. Mit Verlaub, Herr Sultan, um die Bevormundung handelte es sich und wir verwandten den stärkeren Ausdruck „absolutistische Allüren“ dafür. Sonstige grundfäßliche Einwendungen kamen überhaupt nicht in Frage.

3. Kunstgriff. Er führt den Trugschluß fort: Weil wir nichts Grundfäßliches gegen die Spartakusgruppe einzuwenden hätten, deshalb werde die linksradikale Partei die Aufgabe jener Gruppe glatt übernehmen, die bloß darin bestehe, die Arbeitermassen mit fortzureißen. Dazu gefellt sich der

4. Kunstgriff. „Gerade in den Dingen, die für die Gesamtheit des Sozialismus wie für den Einzelnen Fragen von Leben und Tod bedeuten, sollen die Arbeiter den Führern folgen, ohne ein ausreichendes eigenes Urteil zu haben.“ Wo haben wir je verlangt, daß die Arbeiter irgendwelchen Führern folgen sollen? Wer unseren Aufsatz auch nur mit geringer Aufmerksamkeit gelesen hat, wird bemerkt haben, daß er gegenüber der Borchardtischen Einbildung von der „Pflicht der höher Gestellten, der Gebildeteren, der Befähigteren (wie widerlich diesen Schmus abschreiben zu müssen!), sich der Arbeiter anzunehmen und sie wenn nötig, auch gegen ihren eigenen Willen zu leiten“, gerade die Natürlichkeit des Führertums darstellen wollte. Immer werden Einzelne

durch Einsicht und Temperament dazu getrieben, auf die anderen einzuwirken und sie mit sich fortzureißen. Und die Massen sollen nicht, sondern sie werden folgen denen, deren Politik ihrer Einsicht und ihren Interessen entspricht, zu denen sie Vertrauen haben und deren Weg dem Grade ihres Mutes und ihrer Opferfreudigkeit angepaßt ist.

Sie folgen dem Phrasenredner, sie folgen dem Gegner ihrer Klasseninteressen, wo ihnen die Einsicht fehlt, wo ihr Blick durch Vorurteile, durch blindes Vertrauen usw. getrübt ist. Auch den Scheidemännern folgen ihre Anhänger nicht auf bloßes Kommando hin, sondern weil sie deren Weg für richtig halten. Wo der Mut fehlt, werden die kühnen Dränger in Stich gelassen und sie bringen furchtlos ihre Opfer, solange dieser Opfermut nicht auch die Massen ergreift. Auf die Erkenntnis und die Moral der Massen einzuwirken, ist die Aufgabe der Führer und ihre Einwirkung wird umso stärker sein, je klarer ihr eigener politischer Blick und je größer ihre Entschlossenheit.

Müssen wir uns etwa noch gegen die Auffassung verteidigen, daß der Führer erst durch einen Stempel irgend einer Obrigkeit zum Führer werde? Gegen die Wortklauberei ist selbst das Lipfelchen auf dem i notwendig. Nun, in dieser Zeit schwieriger Kämpfe haben sich einfache Arbeiter, um das Spießwort hier anzumenden, in hunderten und tausenden von Fällen als Führer erprobt. Und diese Proben werden auch künftig nicht ausbleiben. Gerade darin, daß die Masse immer wieder solche Führer aus sich selbst heraus gebiert, besteht der Erkenntnisprozeß der Masse, ehe sie selbst und die Verhältnisse für eine Massenbewegung reif sind. Und in der Bewegung werden diese Führer dann auch wirklich von den handelnden Massen als solche anerkannt.

5. Kunstgriff. Wir wollen es Borchardt nicht ankreiden, daß er geflissentlich den Eindruck zu erwecken sucht, als wollten wir eine Masse, die stumpf hinter dem Führer hertritt. Unsere Auffassung in der Führerfrage ist das Gegenteil davon. Wir müßten aber auch durch alles, was wir sonst bisher gesagt, einen Strich machen und die Zukunft unserer Bewegung aufgeben. Nun meint aber Borchardt, nach unserer Methode sei der Sozialismus überhaupt nicht zu erreichen. Und wie ist diese Methode? Einfach, sehr einfach! Wir wiederholen in eintöniger Melodie unsere Behauptungen, hämmern sie Nummer für Nummer in die Köpfe der Leser ein, bis diese wie blöde Kinder dem Leitfährer folgen und für die grüne Lebenswiese umher blind werden. Borchardt aber ist der geniale Kerl, der die Tatsachen zeigt. Wir haben so etwas nie getan, wir haben nur immer Behauptungen gehämmert, Nummer für Nummer, tick-tack-dum!

Aber nein, das wagt ja Borchardt garnicht zu sagen, sondern nur, daß dies der Weg ist, den wir angeblich gehen wollen. Wieso? Weil wir nichts Grundfäßliches gegen Spartakus zu sagen haben und die eigene Bewegung der Massen scheuen. Das ist eine Sophistik, die einen steinigen Hang hinunterpurzelt und sich das Genick bricht. Indem Borchardt so seine Phantasie und Behauptungen über die Auffassungen anderer hecken läßt, um dann jene Auffassungen und Bestrebungen ad absurdum zu führen, gleicht er einem Kerl, der sich den

eigenen Darm aus dem Leibe zieht und ihn hinunterwürgt.

Wozu aber nun diese Kniffe und Piffe, diese ebenso bössartigen wie geschmacklosen Erfindungen und Entstellungen? Etwa nur zu dem Zwecke, sich auf möglichst billige Art zu blamieren? Wir meinen, Borchardt sollte genug von früheren Blamagen haben.

Zur Steuerfrage.

Kapitalsakkumulation und Steuerpolitik.

Wie stellen wir uns zu der Frage der Kapitalakkumulation? Die Dekonomen der Mehrheitssozialisten mit dem Exsozialisten Calwer an der Spitze treten durchaus für eine scharfe Akkumulation ein und zwar mit solcher Konsequenz, daß Calwer sogar gegen die kapitalfeindliche Höchstpreispolitik vom Leder zog. Im Reichstag erklärte Hoch, der damals noch zwischen Rechter und Zentrum schwenkte, daß die Sozialdemokraten den Kapitalbildungsprozeß nicht hindern wollten, was von Henke noch ausdrücklich unterstrichen wurde. Mit einem solchen Bekenntnis wird durch die ganze bisherige Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse ein Strich gemacht. In Wirklichkeit schränken direkte Steuern die Möglichkeit der Kapitalakkumulation ein, ebenso wie die Sozialgesetze. Das kapitalistische Ideal besteht deshalb auch in indirekten Steuern, niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit und dieses Ideal findet nur dort seine Schranken, wo die Verkümmern der Arbeitskraft der ganzen Klasse die Mehrwertsproduktion gefährdet. Für den Regierungspraktiker, der das kapitalistische Wirtschaftssystem auch gegen innere Erschütterungen zu sichern hat, ergibt sich eine gewisse Ausgleichspolitik. Die kann aber niemals die Plattform einer kämpfenden Klasse sein, welche gerade in der Beseitigung der Mehrwertsproduktion ihr Ziel sieht.

Trotz aller Ausgleichsversuche hat der moderne Kapitalismus schon einen derartigen Ausbeutungsgrad erreicht, daß sich daraus recht eigenartige Folgen ergaben. Bei starker Neubildung von Kapital waren die Löhne so niedrig, die Konsumkraft der Arbeiterklasse so gering, daß die Industrien, die unmittelbar für den Massenbedarf arbeiten (mit Ausnahme der Surrogatindustrie wie der Margarinefabrikation), in ihrer Rentabilität zurückgingen und ein zu kleines Aufnahmefassin für das neugebildete Kapital darstellten. Das floß deshalb nach dem Auslande und in die Industrien der Produktionsmittel ab. Darin liegt die Ursache für unsere übermäßig entwickelte Eisen- und Stahlindustrie und zugleich für die imperialistische Wirtschaftspolitik.

Eine wirklich sozialistische Wirtschafts- und Steuerpolitik muß dem bewußt entgegenarbeiten ohne Rücksicht auf die kapitalistischen Lebensinteressen. Läßt sie sich allein und ausschließlich von den Lebensinteressen des Proletariats leiten und wäre sie imstande, sich durchzusetzen, so würde davon zunächst die Folge sein die Entstehung eines gut gelohnten, genußtüchtigen Proletariats. Das würde den Markt für Lebens- und Genußmittel und Gebrauchsartikel stark erweitern, das Kapital in diese Industrien hineinziehen und die Maschinenindustrie auf den Umfang zurückführen, welcher den Bedürfnissen der Wirtschaft und ihrer steten Entwicklung entspricht. Zu-

gleich würde die Agrarfrage ihrer Lösung entgegengeführt an der heute nur mit dem reaktionären Mittel des Schutzzolles herumgedokert wird. Freilich wäre die Folge einer solchen rationalen Arbeiterpolitik ein scharfer Rückgang des Profits, der sich indessen für die Arbeiter wohl verschmerzen ließe. Sie zeigt deutlich, wie reaktionär und arbeiterfeindlich in Wirklichkeit die von Lensch, Cunow, Winnig herausgegebene Parole der Förderung des Imperialismus ist, daß es sich hier um scharfe Gegensätze handelt.

Daß es sich bei unserer Auffassung nicht um ein weltfremdes Spintisieren linksradikaler Utopisten handelt, beweist die Tatsache, daß Hilferding auf einem ganz anderen Wege zu demselben Ergebnis kommt. Er schreibt in seinem Finanzkapital Seite 468:

„Die Wirtschaftspolitik des Proletariats steht im Grundwiderspruch zu der der Kapitalisten und jede Stellungnahme in Einzelfragen ist durch diesen Gegensatz gekennzeichnet. . . . In der Handelspolitik verlangt das Interesse der Arbeiter vor allem die Ausdehnung des inneren Marktes. Je größer der Arbeitslohn, desto größer der Teil des Reinerwertes, der unmittelbar Nachfrage nach Ware bildet und zwar nach Konsumtionsmitteln. Ausdehnung der Konsumtionsmittelindustrien, der Industrien der Fertigfabrikate überhaupt bedeutet aber Erweiterung der Sphären mit im allgemeinen niedrigerer organischer Zusammensetzung, das heißt also der Industrien mit großem Arbeitsfassungsvermögen. Dies bewirkt rasches Steigen der Arbeitsnachfrage und damit günstigere Stellung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkte, Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und Vergrößerung der Siegesaussichten für neue Lohnkämpfe. Umgekehrt ist das Interesse der Unternehmer. Die Erweiterung des inneren Marktes durch Lohnhöhung bedeutet für sie eine Senkung der Profitrate mit der Aussicht auf erneute Senkung, die wieder Verlangsamung der Akkumulation bewirkt. . . .“

Natürlich sind wir uns klar darüber, daß die oben skizzierte Politik auf den Widerstand der Kapitalistenklasse stößt. Aber sie kann und soll den Arbeitern als Richtschnur für ihre politischen Entscheidungen dienen. Wer die Sicherung der Kapitalsakkumulation, die Lebensversicherung des Kapitals, für eine Aufgabe der Arbeiterklasse erklärt, wird bei den großen Entscheidungen, die auf dem Gebiete der Steuer- und Sozialpolitik fallen müssen, bestenfalls hin- und herschwanken oder offen die Geschäfte der Kapitalisten besorgen. Wer die Interessen der Arbeiterklasse fördern will, muß dem Kapitalismus die Art an die Wurzeln legen. Gerade bei den Steuerproblemen zeigen sich die Konsequenzen aller grundfäßlichen Differenzen in voller Deutlichkeit.

Nach sechs Monaten.

Von Karl Radek.

3.

(Schluß.)

In Rußland hat sich an die Stelle des Zarismus die Bourgeoisie in den Sattel geschwungen und sie etabliert mit Hilfe der Führer des Kleinbürgertums eine Herrschaft, die es mit der zaristischen aufnehmen kann. In einem Artikel der „Internationalen Korrespondenz“ vom 28. August orakelt das führende Organ der deutschen Sozialpatrioten, das Ziel des Sozialismus ist die Organisation der Wirtschaft. Nur durch planmäßigen Ausbau der Gemeinwirtschaft kann der Arbeiterklasse die wahre Freiheit zuteil werden. Diese Arbeit des Ausbaus läßt sich aber in der Revolution nicht verwirklichen: sie bedarf der Zeit, des Plans und der Ruhe. Darum hat die russische Revolution noch schlimmer als auf dem Ge-

biet der Friedensarbeit in sozialer Beziehung gänzlich versagt. Andere sozialpatriotische Organe, so die „Chemnitzer Volksstimme“ vom 11. August, der „Vorwärts“ vom 28. August, feiern die Niederlage nicht der Idee der Revolution überhaupt, aber die der revolutionär-internationalistischen Taktik:

„Die Arbeit der Bolschewiki hat uns gezeigt, wohin es führt, wenn eine politische Partei die Sabotierung der Vaterlandsverteidigung auf ihr Banner schreibt. Der einzige Erfolg der „anarcho-syndikalistischen“ Propaganda ist der Tod zahlloser russischer Soldaten geworden, die von ihren eigenen Landsleuten erschossen wurden, weil sie nicht gehorchten“ — schrieb das Chemnitzer Blatt. Das Zentralorgan der deutschen Sozialpatrioten, der „Vorwärts“, orakelt aber: „In Rußland ist die Probe aufs Exempel gemacht worden, daß man mit der Negation der „Landesverteidigung“ und mit dem Predigen der „Anarchie“ während des Krieges wirksame Friedenspolitik nicht treiben kann. Die Wirkung schlägt in das Gegenteil um. Es ist kein Gewinn für die Arbeiterbewegung, wenn ein Teil von ihr ins anarcho-sozialistische Fahrwasser gerät.“

Die Sozialpatrioten der Entente, die sich niemals den Luxus von prinzipiellen und taktischen Gedanken erlaubten, philosophieren nicht. Sie grunzen nur, daß die russische Revolution die Siegesaussichten der Entente bisher nicht zerstört hat und sie opfern auf dem Altar Kerenskis, des ihnen neben Wilson erstandenen neuen Gottes.

Sie triumphieren zu früh. Nicht die russische Revolution ist tot, sondern der Versuch ihrer Geistesbrüder, sie im Bündnis mit dem Kapital zum Siege zu bringen, der Versuch, der von den Branting und Huysmans mit einem Freudengeheul begrüßt wurde. Sie ist nicht tot. Die Resultate der Koalitionspolitik und der Diktatur Kerenskis werden den Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum zeigen, daß der Weg zur Freiheit, zum Grund und Boden, zum Frieden, nur durch den schärfsten Kampf gegen das Kapital führt. Die russische Arbeiterklasse, die in ihren Vorderreihen dies von Anfang an verstanden hat und als Avantgarde der neuen Internationale den Bolschewiks folgte, wurde durch die Erfahrungen des ersten Halbjahrs der Revolution nicht nur nicht enttäuscht durch die Politik des Bolschewismus, sondern ihre breitesten Massen haben, wie es die Wahlen in Petrograd beweisen, der grandiose Proteststreik in Moskau bestätigt, verstanden, daß wer dem Imperialismus einen Finger reicht, verloren ist.

Auf die Taktik des Bolschewismus werden die Arbeitermassen sofort zurückgreifen, wenn nur der Maulwurf der Geschichte seine Arbeit geleistet haben wird, die Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen Masse sich wieder in offene Kampfstimmung verwandelt. Das wird schneller eintreten, als die Totengräber der russischen Revolution in Rußland und im Auslande annehmen. Die russischen konterrevolutionären Elemente sind nicht nur nicht imstande, dem Proletariat und Bauern etwas anderes zu geben, als Blei und Eisen, sondern selbst an diesen Mitteln beginnt es ihnen zu fehlen. Die Konterrevolution in Rußland ist am Ende ihres Lateins. Sie kann die Revolution nicht besiegen. Denn selbst, wenn sie zu diesem Zwecke den Separatfrieden schließen würde, sie

kann die Erbschaft des Krieges nicht liquidieren, sie muß den Bankerott erklären!

Die russische Republik.

Von Karl Kadek.

Die Provisorische Regierung hat Rußland als Republik erklärt, nachdem sie sechs Monate lang sich geweigert hat, dies zu tun. Die Frage der Proklamation der Republik trennte die Bourgeoisie von der kleinbürgerlichen und Arbeiterdemokratie schon vom ersten Tage der Revolution. Als am 12. März Tschcheidse und Stiecklow als Vertreter des neu gebildeten Arbeiter- und Soldatenrates mit den Vertretern des Dumakomitees über die Bildung der Provisorischen Regierung berieten, widersetzten sich die Bürgerlichen in erster Linie der Forderung der Proklamation der Republik. Nach dem Berichte, den Stiecklow in der ersten allgemeinen russischen Konferenz der Sowjets am 13. April erstattete, war es Miljukow, der den stärksten Widerstand leistete. Man dürfe nicht die Entscheidung über die Staatsform der konstituierenden Versammlung vorenthalten — das war das Hauptargument der Bourgeois. Diese demokratischen Gefühle hinderten natürlich dieselben Leute nicht, hinter dem Rücken der Arbeiter und Soldaten mit dem Zaren über die Abtretung der Krone an den Großfürsten Michael Alexandrowitsch zu verhandeln und nur die energische Haltung der Arbeiter und Soldaten hat Rußland in den schmachvollen Zustand gebracht, sechs Monate lang ohne Zaren auszukommen. Daß Rußland nicht sofort nach dem Sturz des Zarismus als Republik proklamiert wurde, war der schwankenden Haltung der Sowjetsführer zuzuschreiben. Stiecklow erklärte in dem eben erwähnten Bericht die nachgiebige Haltung den Protesten der Kadetten und Oktobristen gegenüber mit der Begründung, daß es keinem Zweifel unterlag, daß die Erinnerung an die Herrschaft der Romanows im Volke jede Vorliebe für die monarchische Staatsform ausrotten wird.

Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß nicht diese Erwägung, sondern die Angst vor dem Bruch mit der Bourgeoisie die Haltung der Sowjetsführer bestimmte. Die Bourgeoisie widersetzte sich aber der Proklamation der Republik, weil sie immer noch hoffte, daß sich die Wellen der Revolution legen werden und man zu der monarchischen Form zurückkehren könne, sie wollten sich vor einer formellen Unterbrechung ihrer Herrschaft bewahren. Und die sogenannte revolutionäre Demokratie, d. h. schlichter gesagt, die kleinbürgerlichen Führer respektierten diesen Willen der Bourgeoisie so sehr, daß die Kerenskis und Teretellis selbst nach dem Austritt der Kadetten aus der Regierung, als sie am 21. Juli die berühmte Deklaration des Programms der Regierung formulierten, nicht wagten, die Republik zu proklamieren.

Nun hat die Regierung Kerenskis sich genötigt gesehen, die Rücksichten auf die monarchische „Gefinnung“ der Bourgeoisie fallen zu lassen. Der konterrevolutionäre Staatsstreich Korniloffs, von dem sie sehr gut weiß, daß er kein Abenteuer eines einzelnen Generals ist, nötigte sie, den Volksmassen einen Knochen zuzuworfen, um ihnen zu zeigen, daß es wert ist Herrn Kerenskis Regime zu verteidigen. Aber mag die Regierung Kerenskis

mit ihrem Beschluß in den Kreisen der revolutionären Intelligenz, die im Sowjet das große Wort führt, Enthusiasmus erwecken, die Volksmassen wird sie kühl lassen.

Die breitesten Massen des Bauerntums stehen der Frage der Staatsform ziemlich fremd gegenüber. Sie wollen Grund und Boden haben, und eine Monarchie, die ihnen diesen geben würde, würde eher auf ihre Unterstützung rechnen können, als eine Regierung, die dem Zaren die Krone nimmt, aber den Besitz der Junker nicht anzutasten wagt. Die klassenbewußten Proletarier wissen aber, daß die Republik, für die sie seit zwei Jahrzehnten kämpfen, ein Üding, ein Schemen ist ohne Ausräumung mit dem junkerlichen Großgrundbesitz, der die soziale Grundlage des Zarismus bildet. Solange der Junkerherrschaft kein Ende bereitet ist, kann die zarische Restauration immer kommen, mag die Republik zehnmal verkündet worden sein. Aber abgesehen davon ist die Republik eine Lüge, solange sie sich auf die Abschaffung der Krone beschränkt.

Das Regime Kerenskis läßt die Staatsverwaltung in der Provinz in den Händen der Junker und der Bourgeoisie. In den Ministerien schalten und walten die alten zarischen Tschinowniks. Ohne gründliche Umkehr in der Verwaltung ist zwar der Zar abgeschafft, aber die Zaren sind geblieben. Herrn Kerenskis Kampf gegen die revolutionären Organisationen und Organe, selbst im Augenblick, wo ihn die Generäle der Konterrevolution bei der Gurgel zu packen suchten, legt der Arbeiterschaft die Frage nahe: haben wir denn deswegen die zarische Gewalt- und Schandregierung gestürzt, um die Kerenskis zu dulden? Die Republik kann nicht durch ein Dekret proklamiert werden, das ein Prinzip feststellt, ohne das eine umfassende Arbeit die Demokratie von unten auf, in allen Staatszellen organisiert. Für eine Republik nach dem Muster der französisch-bureaokratischen, oder der amerikanisch-plutokratischen haben die Arbeiter Rußlands nicht geblutet.

Wohl weiß jeder aufgeklärte Arbeiter Rußlands, daß, falls der Kapitalismus in Europa aus dem Kriege gestärkt ausgehen, falls der russische sich in der Atmosphäre der europäischen Reaktion entwickeln würde, auch die demokratischsten Staatsformen das Kapital nicht hindern könnten, alles zu unternehmen, um die russische Republik mit kapitalistischem Inhalt zu erfüllen, sie zu einer Form der schamlosesten Klassenherrschaft zu machen. Aber sie wissen gleichzeitig, daß, je mehr die Institutionen der Volksherrschaft ausgebaut werden, je mehr die Volksmassen lernen werden, ihre Angelegenheiten selbst und durch gewählte Beamten zu erledigen, je mehr die bürokratischen Elemente ausgerottet werden, desto schwieriger wird es dem Kapitalismus sein, mit ihnen fertig zu werden, mag sich die Lage in Europa gestalten, wie sie will. Im Volke tief verankerte demokratische Institutionen und Gewöhnungen lassen sich nicht mit einem Federstrich einführen, wie Aenderungen in der Spitze der Staatsmaschine, aber sie lassen sich auch nicht mit einem Federstrich aus der Welt schaffen, wie jene. Aber noch eins kommt in betracht.

Das kapitalistische Europa wird aus dem Kriege nicht so ausgehen, als es in ihn eingetreten war. Kein denkender kapitalistischer Politiker nimmt an, daß die Schuldenlast, die der Krieg hinterläßt, mit den alten

Methoden der kapitalistischen Steuerpolitik behandelt werden kann. Und kein denkender Sozialdemokrat nimmt an, daß die Eingriffe des kapitalistischen Staates in die Privatwirtschaft, mit denen sich schon die kapitalistischen Politiker ausführen, imstande sein werden, die tiefe soziale Krise aufzuhalten, in der sich Europa befindet. Jeder Kampf um die Linderung einer der Schmerzen, die jetzt den Leib Europas zermahlen, wird zu sozialen Wandlungen führen.

Kommt es aber zu diesen entscheidenden Kämpfen um eine soziale Neugestaltung Europas, so werden auch die Fragen von der Staatsform in den kapitalistischen Ländern, in denen, wie in Rußland die Vorbedingungen des Sozialismus noch nicht entwickelt sind, einen viel schärferen Kampfescharakter bekommen. In Rußland ist der direkte Kampf um den Sozialismus jetzt unmöglich angesichts des mittelalterlichen Zustandes der Agrarwirtschaft, dem niedrigen Zustand der Arbeitsproduktivität auch in der Industrie. Aber die wichtigsten Industriezweige, wie die Metallurgie, der Kohlen- und Erzbergbau, das Transportwesen, die Banken sind konzentriert, wie in Deutschland und Amerika. Wenn sie heute in den Händen der Kartelle für eine kleine Clique der russischen und fremden Kapitalisten arbeiten können, so können sie es auch für den Staat tun.

Rußland wird auf sie die Hand legen müssen, wenn es die sozialen Folgen des Krieges überwinden will. Die Frage ist nur, was für ein Gebilde geschaffen wird: wird die Herrschaft des kapitalistischen Staatsmonopols, der die Massen des Proletariats und der Konsumenten nicht anders behandelt, als es die Privatkartelle tun, aufgerichtet, oder wird die Wirtschaft unter der Leitung eines Staates sich befinden, in dem die Arbeiterschaft und die kleinbürgerlichen Volksmassen das ausschlaggebende Wort sprechen. Die parlamentarische Republik mit der Herrschaft der Bureaukratie und der parlamentarischen Klientenklingel kann nicht die Form der Durchsetzung des entscheidenden Einflusses der Volksmassen sein. Dazu sind Lokal- und Zentral-Organe der Arbeiter- und Bauernmassen notwendig, die in ihren Händen die Verwaltung des Staates und die dauernde Kontrolle der Industrie besitzen würden. Diese Rolle werden die Sowjets spielen, die Organe der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums.

Die klugen Leute der kleinbürgerlichen Demokratie greifen zu den Handbüchern des Staatsrechts und beweisen, daß die Forderung der Bolschewiks: keine bürokratisch-parlamentarische Republik, sondern die Republik der Sowjets utopisch, unerfüllbar ist, weil die Geschichte kein Beispiel kennt, wo die sozial nicht herrschende Klasse eine so weit gehende Kontrolle ausüben konnte. Die guten Leute scheinen der Meinung zu sein, daß die Geschichte nichts bilden darf, was sie auf der Schulbank nicht gelernt haben. Aber die Geschichte kennt auch kein Beispiel einer solchen Vernichtung der Produktivkräfte, wie sie der jetzige Weltkrieg zeigt, sie sah noch nicht die einzige Möglichkeit der Lösung des sozialen Knotens, den der Krieg geschürzt hat. Die Geschichte kennt auch kein Beispiel eines Landes, das Nord-Amerika und Asien in sich vereinigt und an dessen Grenze der Sozialismus durchgeführt wird. Aus dem Krieg wird nicht nur West- und Mitteleuropa sozial umgebildet ausgehen, sondern

auch Rußland wird das Bild von sozialen Uebergangsformen bieten, das weit entfernt von dem sein wird, was wir aus der bisherigen Geschichte kennen.

Alle diese Fragen, die vor dem Geiste des denkenden Sozialdemokraten in theoretischer Form entstehen, den Volksmassen als wirtschaftlich-politische Notwendigkeiten sich im Kampfe aufdrängen werden, sie existieren für den „Ketter der russischen Revolution“, Herrn Kerenski, nicht. Er lebt, wie es die zarische Regierung getan hat, von der Hand in den Mund. Er sucht die Volksmassen abzuspüren mit Blei, wenn er glaubt, sich auf die Bourgeoisie stützen zu können, und mit Papier, wenn er genötigt wird, gegen die Bourgeoisie zu gehen. Aber die Geschichte kann man nicht betrügen. Und sieht man die von ihr auf die Tagesordnung gestellten Fragen nicht, nun dann erinnert sie durch Schläge an ihre Existenz. Sie ist eine höchst unedelmütige Person: will man sie schneiden, so zieht sie sich nicht beleidigt zurück. Herr Kerenski kennt die Geschichte nur aus den Schulbüchern von Howajski, er wird sie schmerzlich näher kennen lernen. Seine heroische Tat, die Abschaffung der Monarchie, ist nur ein Vorspiel zur Abschaffung des Herrn Kerenski und seines Regimes.

Korniloffs Staatsstreich.

Als am 9. September der Telegraph den Aufruf Kerenskis über die Absetzung Korniloffs verbreitete, da sah der europäische Philister und der russische Sozialpatriot auf einmal das Medusenhaupt der Konterrevolution vor sich auftauchen. Die Verhaftungen der Großfürsten, die dem Bruch mit Korniloff vorhergingen, wiesen auf Verbindungen des tapferen Generals mit den alten zaristischen Machthabern hin. Korniloff selbst ist ein Mann des Junkertums. Erst vor ein paar Wochen ging durch die russische Presse folgendes Telegramm der Petrograder Telegraphenagentur: „Der Höchstkommmandierende wandte sich an die provisorische Regierung mit dem Gesuch um Abänderung eines Beschlusses des Minsker landwirtschaftlichen Gouvernementskomitees über die Ausnützung der Regierungs- und Privatgüter und Wälder, da dieser Beschluß in entschiedener Weise den Grundlagen des Privateigentums widerspricht, die durch die bestehenden Geseze geschützt werden, und unvereinbar ist mit den Beschlüssen der lokalen Militärgewalten.“

Der General befaßte sich also nicht nur mit der Verteidigung des Vaterlandes, sondern auch des heiligen junkerlichen Besitzes, und stellte in einer Angelegenheit, die nichts mit militärischen Fragen zu tun hatte, die Gewalt der Militärbehörden über die der Bauernkomitees. Der pompöse Gottesdienst, den Korniloff nach seiner Ankunft nach Moskau abhalten ließ, liefert einen weiteren Strich zu seinem Bilde. Aber trotzdem wäre es vollkommen unrichtig ihn als den Mann der rein junkerlichen Konterrevolution darzustellen. Es gilt nur zu fragen: wer überbrachte Korniloffs Forderung der ganzen Macht an Kerenski? Es war dies der rechte Kadett Lwow, der den Auftrag Korniloffs an Kerenski überbrachte. Und als sich der Konflikt verschärfte, da erschien als Vermittler auf der Oberfläche der sehr geehrte Pawel Nikolajewitsch Miljukoff. Die weitere Entwicklung der Krise führte aber zur Verhaftung unseres guten Bekannten

Gutschkoff, der Führer der industriellen Bourgeoisie, des Kriegsministers der ersten provisorischen Regierung, der repräsentantivsten Persönlichkeit des kapitalistischen Rußlands. Herr Korniloff, der Staatsstreichmann, der Kerenski die Macht aus den Händen reißen wollte, ist kein beliebiger militärischer Abenteurer, der die Hand nach der Staatsgewalt ausstreckte, weil sie auf der Straße lag, ist auch kein Verteidiger der verflochtenen zarischen Legalität und Legimität. Korniloff ist der Mann der kapitalistischen Konterrevolution, die ihn in dem Theater von Moskau während des Nationalkongresses stürmisch begrüßte, ihn auf den Schild erhob. In dem Korniloffischen Staatsstreich vereinigen sich alle konterrevolutionären Bestrebungen: die der Großfürsten, der Generalität, der Junker, wie der Kapitalisten.

Aber diese Feststellung genügt nicht um den Mechanismus des Korniloffischen Staatsstreichs vollkommen aufzudecken. Was wollte Korniloff? Wollte er die Macht aus den Händen der Sowjets reißen? Sie haben keine Macht mehr. Seit der Bildung der neuen Regierung durch Kerenski, seit der historischen Sitzung vom 4. August haben die Sowjets auf die Macht vollkommen verzichtet. Sie haben sie doch in die Hände Kerenskis gelegt, ihm die Bildung der Regierung überwiesen. Kerenski erklärte in dem Briefe an den Kadetten Riškkin ausdrücklich, daß er sich selbstverständlich nur von seinem Gewissen und vor niemand anderem verantwortlich fühle. Korniloff konnte den Sowjets keine Macht rauben, weil sie keine mehr besitzen. Das ist doch die grundlegende Aenderung in der politischen Lage Rußlands der letzten 6 Wochen, das ist doch das Merkmal der Situation.

Wollte Korniloff die Gewaltmaßregel gegen die revolutionären Arbeiter und die kriegsmüden Soldaten einführen? Daß hieß Eulen nach Athen tragen. An der Front wurden Soldaten zum Tode verurteilt wegen Diebstahls von 15 Aepfeln und Herr Kerenski veröffentlichte zusammen mit Herrn Sarudnyj, seinem Weisheitsminister erst in diesen Tagen die neue Fassung des § 100 und 101, die lebenslängliches Zuchthaus für den Versuch des Umsturzes der Regierung bestimmen. Wollte Herr Korniloff Rußland vor der Republik retten? Aber das tat Herr Kerenski außerordentlich gut, indem er die konstituierende Versammlung verschob und den Zaren nach Tobolsk transportieren ließ, von wo er so leicht nach England flüchten kann. Was wollte also Herr Korniloff und seine Hintermänner? War er schließlich doch ein gewöhnlicher Abenteurer?

Im Staatsstreichversuch Korniloffs wollte die Konterrevolution die erste Phase der Revolution, den Zyklus ihrer Bürgerkriege wirklich abschließen. Die kleinbürgerliche Demokratie zeigte sich unfähig die Revolution weiterzuführen, sie dankte zugunsten des Kapitals faktisch ab, sie wandte die Gewaltmittel des Staates gegen das Bauerntum und die Arbeiterschaft an. Aber das Kleinbürgertum ist in Rußland bis zur Lösung der Agrarfrage keine konterrevolutionäre Klasse. Seine Interessen erfordern die Konfiskation des Großgrundbesitzes, und der Kampf um sie wird neue revolutionäre Kämpfe erzeugen, die auch dem Proletariat erlauben werden von neuem in Bewegung zu treten. Weil dem so ist, sind die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie keine sicheren Bundesgenossen der Konterrevolution.

Herr Kerenski kann noch so sehr gegen die Bolschewiks wüten, er hat bisher nicht gewagt formell die Sowjets aufzulösen, ja, mit ihnen offen zu brechen. Nachdem er erklärt hat, von ihnen unabhängig zu sein, ging er trotzdem in ihr Zentralkomitee, um ihm ein Bericht zu erstatten. Und Tichernoff, der Ackerbauminister, frönderte immerfort im Kabinett, er suchte seine Partei zum Drucke auf Kerenski zu überreden, suchte die Agrarfrage, die Hauptfrage der Revolution, ins Rollen zu bringen. Jeder wuchtige Stoß von unten konnte zum Resultat den Umfall der kleinbürgerlichen Führer haben.

So unsicher sie als Bundesgenossen für die proletarische Demokratie bisher waren, so unsicher konnten sie sich als Bundesgenossen der Konterrevolution zeigen. Momentan war die Diktatur Kerenskis die Diktatur des Kapitals, Junkertums und der Generalität. Sie nützte ihnen, indem sie die Volksmassen zu bändigen suchte. Aber morgen konnte sie sich gegen die Konterrevolution zu wenden suchen. Die Konterrevolution sah das neue Anwachsen einer Volksbewegung. Der Ausfall der Wahlen in Petrograd, die Erstarkung des linken Flügels der Sozialistenrevolutionäre, das waren gefährliche Sturmzeichen. Die Konterrevolution hatte Eile.

Die Konterrevolution wollte direkt an der Gewalt im Augenblick sitzen, wo die Massen zu einem neuen Ansturm übergehen würden. Sie wollte die Gewaltmittel direkt beherrschen, um vermittels ihrer den Ansturm der Massen verhindern zu können. Sie wollte die Macht zur gesetzlichen Vollendung des Sieges über die Massen gebrauchen. Und schließlich handelte es sich für sie um vollkommen freie Hand für den Friedensschluß. Wie die auswärtige Politik der Konterrevolution aussehen würde, weiß sie wahrscheinlich in diesem Moment selbst nicht. Die „Nowoje Wremja“, das Organ des bürokratischen Klügels der Konterrevolution, das sich bisher aus der Deutscheresserei direkt ein Gewerbe machte, schrieb ein paar Tage vor dem Korniloffischen Staatsstreich:

„Wofür und warum sollen wir kämpfen? Kämpfen, verfolgt, unter der Gefahr, daß du deswegen „sozialisiert“ und „annektiert“ wirst? Die Hände versagen, der Wille wird gelähmt. Der gewöhnliche Bürger und die Bourgeoisie versteht doch gut, daß es ihnen unter der Herrschaft der Deutschen nicht schlechter gehen wird, als unter der „revolutionären Demokratie“.“

Der Korniloffische Staatsstreich sollte die konterrevolutionären Klassen zur ungeteilten Herrschaft bringen. Aber worauf rechnete Korniloff? Mit welchen Mitteln wollte er sein Ziel erreichen? Er hatte für sich die Generalität, die Junker, Kapitalisten und den „Obiwatel“, den revolutionismüden Kleinbürger. Konnte er aber auf die revolutionäre Armee rechnen? Um diese Frage zu beantworten, muß man inbetracht ziehen, daß die Armee als Ganzes kein aktiver Faktor der Revolution war, sondern Zuschauer, daß der Umbildungsprozeß der Armee sich erst im Anfange befindet. Es gibt ganz gewiß Teile der Armee, die sich überall vom Offizierskorps führen lassen. War er einmal an der Spitze eines Truppenteils in Petrograd, hatte er dieses Machtzentrum mit all seinen politischen und sozialen Machtmitteln in der Hand, so konnte Korniloff zweifelsohne den weiteren Kampf aufnehmen.

Am Tage, wo wir unseren Artikel in Druck geben, wissen wir noch nicht, ob Korniloff die Waffen gestreckt hat. Es scheint jedoch, daß er in der Armee auf großen Widerstand gestoßen ist. Wenn man auch über den endlichen Ausgang des Kampfes nichts sicheres sagen kann, so ergibt sich aus den Telegrammen für den Kenner der russischen Verhältnisse eins: die kleinbürgerlichen Führer sind auch heute außerstande ernst gegen die Konterrevolution zu kämpfen. Kerenski ernannt an Stelle Korniloffs zum Generalissimus den General Klembowski. Nach zwei Tagen steht Klembowski an der Seite Korniloffs. Zum Generalstabschef ernannt Kerenski den alten Zarenlakaien General Alexiejew, der beim Beginn der Revolution Befehl gab, Revolutionäre standrechtlich zu erschießen. Gleichzeitig übergibt Kerenski das Marineministerium dem Admiral Wedderewski, gegen den er vor Kurzem die Untersuchung einleiten ließ wegen Gehorsamsverweigerung. Wedderewski ist der frühere Kommandant der baltischen Flotte, die sich weigerte, Kriegsschiffe nach Petrograd zu senden oder solche, die Kronstadt zu Hilfe eilen würden, zu torpedieren.

Aber neben Wedderewski wird zum Militärgouverneur von Petrograd Padczynski ernannt, der Vertrauensmann des metallurgischen Kapitals, ein von Arbeitern direkt gehaßter Mann. Kurz und gut: Kerenski will die Konterrevolution bekämpfen, indem er einem Konterrevolutionären andere gegenüberstellt. Mit solchen Mitteln kann es ihm vielleicht gelingen den Staatsstreich Korniloffs, aber nicht die Konterrevolution zu besiegen.

Daraus ergibt sich folgendes: Wenn es nicht gelingt den Bürgerkrieg in Rußland zur Köpfung der russischen Revolution, zur Einnahme Petrograds auszunützen, wenn der Staatsstreich Korniloffs mißlingt, dann wird selbst die schwankende kleinbürgerliche Demokratie zu energischen Kampfmitteln greifen müssen. Der Korniloffische Staatsstreich hat den Volksmassen die Gefahr der Konterrevolution in konkreter Gestalt gezeigt, alle ihre Kraft entblößt. Mögen danach die kleinbürgerlichen Führer versuchen den Volksmassen einzureden, man könne die Revolution zusammen mit den Generälen, großen Kapitalisten, den Kadetten retten. Der Aufruf Teretellis zu Opfern, den er unter der Adresse der großen Bourgeoisie wie des Proletariats richtete, seine Bitten für eine gewisse Zeit die Klassenmißverständnisse zu vergessen, einen Weg zu beschreiten, den Weg der Rettung der Revolution, wurde durch Händeklatschen von Rechts und Links begrüßt, schrieben triumphierend die „Iswiestja“, das das Organ des Petrograder Sowiet nach der Moskauer Beratung.

Nun, die „Klassenmißverständnisse“ sind vollkommen geklärt. Für die Volksmassen wird es klar sein: wer für die Revolution ist, der muß mit der Generalität, Bourgeoisie und dem Junkertum brechen. D. h.: alle Gewalt den Sowjets, diese Lösung wird als die der gesamten Demokratie ausserstehen. Die Annahme der bolschewikischen Plattform durch den Petrograder Sowiet, von der wir eben erfahren, besagt: Ca ira! Der Korniloff-aufstand war gedacht als Abschluß der Revolution. Er kann den Ausgangspunkt einer neuen Phase der Revolution bilden. —

Feuilleton

Gedichte in Prosa.

Von Ivan Turgenjef.

Der Bettler.

Ich ging die Straße entlang. Ein Bettler, ein gebrechlicher Greis hielt mich an.

Entzündete, tränende Augen, bläuliche Lippen, zerfetzte Lumpen, häßliche Wunden — o, wie widerwärtig hatte die Not dieses elende Geschöpf benagt!

Er streckte mir seine geschwollene, gerötete, schmutzige Hand entgegen. Er höhnte, ja er wimmerte förmlich um Hilfe.

Ich begann in allen Taschen zu wühlen. Aber weder Börse, noch Uhr, noch selbst ein Taschentuch fand ich, — nichts hatte ich zu mir gesteckt.

Der Bettler aber stand immer noch wartend da, und leise zitterte und zuckte seine ausgestreckte Hand.

Betroffen und verlegen, wie ich war, sagte ich kräftig diese schmutzige, zitternde Hand. . . . „Sei mir nicht böse, Bruder, ich habe nichts bei mir.“

Der Bettler richtete seine entzündeten Augen auf mich, seine bläulichen Lippen begannen zu lächeln, und auch er drückte meine erkalteten Finger.

„Bohlan, Bruder,“ kispelte er, „auch dafür dank' ich dir — auch das ist ein Almosen, Bruder!“

Ich fühlte, daß auch ich von meinem Bruder ein Almosen empfangen hatte.

Februar 1878.

Der Egoist.

Er besaß alles, was nötig war, um die Geißel seiner Familie zu werden.

Er war gesund und reich zur Welt gekommen — und er blieb gesund und reich während seines ganzen langen Lebens; er ließ sich kein einziges Vergehen zu Schulden kommen, beging keinen einzigen Mißgriff, weder in Worten noch in Taten.

Er war von makelloser Ehrenhaftigkeit! . . . Und stolz im Bewußtsein seiner Ehrenhaftigkeit, drückte er alle damit zu Boden: Verwandte, Freunde, Bekannte.

Die Ehrenhaftigkeit war ihm ein Kapital . . . und er wucherte mit diesem Kapital.

Die Ehrenhaftigkeit gab ihm das Recht, erbarmungslos zu sein und nur das vom Gesetz befohlene Gute zu tun . . . Und er war erbarmungslos und tat nichts Gutes . . . denn das vorgeschriebene Gute ist nicht das Gute.

Niemals kümmerte er sich um jemand anders als um seine eigne so musterhafte Person; und er wurde ernstlich böse, wenn andre nicht ebenfalls eifrig um dieselbe besorgt waren!

Uebrigens betrachtete er sich nicht als einen Egoisten — und nichts schämte, nichts verfolgte er unerbittlicher als den Egoismus und die Egoisten! . . . Natürlich: fremder Egoismus war seinem eignen im Wege.

Da er sich von der geringsten Schwäche frei wußte, so konnte er fremde Schwäche weder begreifen noch dulden. Er begriff überhaupt niemand und nichts, denn ganz und gar, von allen Seiten, oben und unten, vorn und hinten war er von seiner eignen Person umgeben.

Er begriff nicht einmal, was vergeben heißt. Sich selbst hätte er nichts zu vergeben . . . wozu hätte er da andern zu vergeben brauchen?

308

Vor dem Richterstuhl seines eignen Gewissens, vor dem Antlitz seines eignen Gottes richtete er, dieses Wunder, dieses Ungeheuer von Tugend die Augen gen Himmel und sprach mit feier klarer Stimme: „Ja, ich bin ein würdiger, ein sittenreiner Mensch!“

Diese Worte wird er auf seinem Sterbelager wiederholen — und selbst dann wird sich nichts regen in diesem steinernen Herzen — in diesem Herzen ohne Fehl und ohne Makel.

O Häßlichkeit der selbstzufriedenen, unbeugsamen, blüggeworbenen Tugend — bist du nicht widerwärtiger als die offene Häßlichkeit des Lasters!

Dezember 1878.

Die Sphinx.

Gelblichgrauer, oben lockerer, unten harter knirschender Sand — Sand ohne Ende, wohin du auch blickst.

Und über dieser Sandwüste, diesem Meere toten Staubes, erhebt sich das Riesenhaupt der ägyptischen Sphinx.

Was wollen sie sagen, diese mächtigen, wulstigen Lippen, diese unbeweglich-offenen, aufgeworfenen Müstern und diese Augen — diese langen, halbgeschlafenden, halbaufmerkenden Augen unter den doppelgewölbten hohen Brauen?

Und dennoch wollen sie etwas sagen! Ja, sie reden sogar, aber nur Oedipus weiß ihre stumme Sprache zu deuten, das Rätsel zu lösen.

Doch sieh! Fürwahr, ich erkenne diese Züge. Nichts ägyptisches haben sie mehr. Eine weiße niedrige Stirn, vorstehende Backenknochen, eine kurze, gerade Nase, ein schöner Mund mit weißen Zähnen, ein weicher Schnurrbart und ein gelocktes Bärtchen — und diese weit auseinander stehenden Augen! — und auf dem Haupte ein Schopf von Haaren, vom Scheitel in zwei Hälften geteilt . . . Ah, das bist du ja, mein Karp, mein Sidor, mein Samen, du Bauerlein von Zaroslaw, von Kjäfan, du mein Landsmann, du mein russisch Fleisch und Blut! Bist du schon lange unter die Sphinge geraten?

Willst auch du etwas sagen? Ja, denn auch du bist eine Sphinx. Auch deine Augen, — diese farblosen, aber tiefen Augen — auch sie reden. Und auch ihre Sprache ist stumm und rätselhaft.

Indessen, wo ist dein Oedipus?

Ah, leider genügt es nicht, die Bauernmütze aufzusetzen, um dein Oedipus zu werden, du russische Sphinx!*

Dezember 1878.

* Diese Betrachtung wendet sich gegen die enragierten Slawophilen, welche durch Anlegung des nationalen Bauernkostüms die Gunst des Volkes zu gewinnen suchen. Anm. d. Uebers.

Morgen! Morgen!

Wie leer und schal und nichtig erscheint uns fast jeder verfloßene Tag! Wie geringe Spuren hinterläßt er! Wie dumm schwand Stunde auf Stunde dahin!

Und doch will der Mensch leben; er klammert sich an das Leben, er baut auf dieses, auf sich und auf die Zukunft all seine Hoffnungen . . . O, wie viel Glück erwartet er von der Zukunft!

Aber warum bildet er sich ein, daß die andern, zukünftigen Tage diesem soeben verlebten Tage nicht gleichen würden?

Doch das bildet er sich auch nicht ein. Er liebt das Grübeln nicht — und daran tut er wohl.

„Morgen, morgen!“ tröstet er sich — bis dieses „Morgen“ ihn ins Grab senkt.

Nun — ruhest du erst im Grabe, dann hörst du wohl oder übel von selbst auf zu grübeln.

Mai 1879.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 41

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 13. Oktober 1917

Einzelnummer 20 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

| | |
|---|-----------|
| Eine neue Weltordnung | Seite 309 |
| Die Revolution und der Bruch mit der Bourgeoisie in Rußland. Von R. Radek | „ 310 |
| Der Charakter der russischen Revolution von 1905 | „ 311 |
| Notizen zur Bewegung | „ 313 |
| Hinter den Kulissen des Korniloffischen Staatsstreiches | „ 313 |
| Aus unserm politischen Tagebuch | „ 315 |
| Feuilleton: Die Seele Chinas | „ 316 |

Eine neue Weltordnung.

Daß Staatsmänner pazifistische Redensarten im Munde führen, haben wir so oft erlebt, daß eigentlich kein Mensch einen Pfifferling mehr für die pazifistischen Ideen übrig haben dürfte. Die Erfahrungen sind hart und deutlich genug gewesen. Wie weiland Friedrich Wilhelm der Vierte sich an die Spitze der Revolution stellen wollte, so stellte sich Nikolaus Romanow an die Spitze der Friedensbewegung, um dann in zwei Kriegen für seine pazifistischen Anschauungen zu zeugen. Die englische Regierung propagierte seinerzeit die Abrüstung, was sie nicht abhielt, blutige Kolonialkriege zu führen und in den Weltkrieg mit einzutreten. Herr Wilson spielte sich während des Weltkrieges immer wieder als Heiland der Menschheit und Friedensfürsten auf, zugleich lieferte er Kanonen für die Schlachten in Europa, um jetzt auch Kanonensfutter zu liefern.

Nunmehr hat ein Minister einer kriegführenden Macht, der österreichische Minister des Aeuzeren, Herr Graf Czernin, nicht nur, wie das von anderen Ministerbänken aus auch schon geschehen ist, von einer Sicherung des künftigen Weltfriedens durch pazifistische Maßregeln gesprochen, sondern er hat ein umfassendes pazifistisches Programm aufgestellt: Kampf gegen den Krieg als Mittel der Politik, keinen Revanchekrieg, schiedsgerichtliche Erledigung aller Streitigkeiten, allgemeine, gleichmäßige, sukzessive Abrüstung unter internationaler Kontrolle mit dem Ziele der internationalen vollständigen Abrüstung, Freiheit der Meere, Ueberflüssigmachung der territorialen Sicherungen, keine Kriegsentschädigung, keinen Wirtschaftskrieg. Eine neue Weltordnung soll aufgebaut werden, in der nicht mehr an das Schwert, sondern an das moralische Recht appelliert wird. Die Rede war ein Göttermahl für die Pazifisten, und die Unabhängigen zumal sind von diesem Teil der Rede des Herrn Czernin aufs höchste entzückt.

Die Rede wird zweifellos den pazifistischen Hoffnungen in den Volksmassen neue Nahrung geben. Sind nicht schon von Mitgliedern der Ententemächte ähnliche Gedankengänge ausgesprochen worden? Ist nicht auch die deutsche Regierung von der schroffen Ablehnung des Abrüstungsgedankens wie seinerzeit bei dem englischen Flottenvorschlag abgegangen? Wirken die grausamen Lehren dieses Weltkrieges noch weiter, so dürften schließlich alle Zweifel und Widerstände in den Regierungen besiegt werden, und die Mächte, die gegenwärtig auf Leben und Tod miteinander ringen, werden die Streitart nicht nur vergraben, sondern zerbrechen. Muß der Pazifismus nicht siegen, wenn die Regierungen sowohl der Entente wie der Mittelmächte Anhänger der pazifistischen Ideen sind?

Zweifellos legen auch den „Staatsmännern“ die Erfahrungen des Weltkrieges pazifistische Gedankengänge als einen Ausweg aus den künftigen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten nahe. Czernin führt selbst als einzige Begründung seines Abrüstungsprogramms das Folgende an:

Nach diesem Kriege wären bei freier Rüstungskonkurrenz die Lasten für alle Staaten einfach unerträglich. Dieser Krieg hat gelehrt, daß mit dem Vielfachen der früheren Rüstungen gerechnet werden muß. Um nach diesem Kriege bei freier Rüstungskonkurrenz auf der Höhe zu bleiben, müßten die Staaten alles verzehnfachen; sie müßten zehnmal soviel Artillerie, Munitionsfabriken, Schiffe und Unterseeboote als vorher und auch ungleich mehr Soldaten haben, um diesen Apparat spielen lassen zu können — das jährliche militärische Budget aller Großstaaten müßte mehrere Milliarden umfassen — das ist eine Unmöglichkeit. Aus diesem Ennagß gibt es nur einen einzigen Ausweg: Die internationale vollständige Weltabrüstung.

Auch Herrn Czernin wird der Gedanke dämmern, daß im Streite der kapitalistischen Mächte allein das Ausspielen der Macht das Mittel ist, um festzustellen, wo das „moralische Recht“ zu finden ist. Ganz abgesehen von allen juristischen Schwierigkeiten, ist die Idee der Schiedsgerichte und der Abrüstung utopisch, weil sich keine Großmacht Sprüchen unterwerfen wird, die sie als Schädigung ihrer Interessen ansieht. Aus diesem Grunde wird sie von vornherein auf eine starke Rüstung bedacht sein. Zweitens beseitigt der Krieg die internationalen Gegensätze nicht, selbst wenn auf wirtschaftliche und politische Revanchemaßregeln verzichtet werden sollte. Jede Mächtegruppe wird sich beständig bedroht fühlen und wird rüsten. Es wird sich auch nur eine schwache Rüstungsfessel als unmöglich herausstellen, weil die Kriegsgefahr unabhängig vom Willen der Staatsmänner bestehen bleibt und weil die Erfahrung gelehrt hat, daß der Gesamt-